

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 5. —

(No. 593.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 15ten November 1819., daß auf die, nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen, die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen.

Auf den Bericht des Staatsministerii vom 3ten d. M. setze Ich zur Deklaration Meiner Order vom 27sten April 1816. hierdurch fest: daß nur dasjenige, was die Hinterbliebenen eines Beamten, der bemerkten Order gemäß, an Besoldung außer dem Sterbe-Quartal erhalten, für dieselben Gnadenbewilligung ist, — daß auf Letztere kein Gläubiger des Verstorbenen Anspruch hat, — daß solche der Regel nach nur der Wittwe, den Kindern und Enkeln, ohne Rücksicht, ob sie dessen Erben sind oder nicht, zusteht; daß aber den Ministern, als Departements-Chefs, freigelassen ist, im Falle der Erblasser der Ernährer armer Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder gewesen ist, ausnahmsweise denselben das Gnadengehalt anzuweisen und die Minister jedenfalls befugt seyn sollen, die Vertheilung desselben unter die Hinterbliebenen zu reguliren und dessen Verwendung zu bestimmen. Zugleich genehmige Ich, daß diese Bestimmungen wegen des Gnadengehalts, auch auf den Gnadenmonat, welcher den Hinterbliebenen der Pensionairs außer dem Storbemonat bewilligt ist, angewendet werden.

Berlin, den 15ten November 1819.

Friedrich Wilhelm.

An
das Staatsministerium.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Da die Verfassung der hiesigen Kaufmannschaft und vereinigten Börsen-Korporation weder der bestehenden Gesetzgebung, noch den Bedürfnissen des hiesigen Handelsstandes angemessen befunden, und Uns von dessen Vorstehern selbst der Wunsch wiederholt vorgetragen ist, an die Stelle der bisherigen Verfassung eine neue zu setzen, auch im §. 31. der Verordnung über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7ten September 1811. vorbehalten worden, in besonderen Fällen die Gewerbtreibenden gewisser Art von Landespolizeiwegen zu einem gemeinnützigen Zwecke in eine Korporation zu vereinigen; so haben Wir den anderweiten Entwurf eines Statuts für die hiesige Kaufmannschaft, der Uns von derselben und der Börsen-Korporation eingereicht worden, sorgfältig prüfen lassen, und solchen in nachstehender Art genehmigt:

I. A b s c h n i t t.

Von der Einrichtung der Korporation der Kaufmannschaft.

§. 1. Die hier bisher bestandenen beiden Kaufmannsgilden der Tuch- und Seidenhandlung und der Materialhandlung, imgleichen die hiesige vereinigte Börsen-Korporation werden hiermit aufgehoben.

§. 2. Dagegen bildet sich aus allen Kaufleuten und Handeltreibenden zu Berlin und in dessen Polizeibezirk, welche die durch das Landrecht Theil 2. Tit. 8. näher bestimmten kaufmännischen Rechte, namentlich in Bezug auf Glaubwürdigkeit der Bücher, auf Wechselfähigkeit, auf Geschäftsfähigkeit der Handelsgehülften, auf Zinsen und Provision u. s. w. jetzt behalten und für die Zukunft erlangen wollen, eine Gesellschaft unter der Benennung: „Korporation der Berliner Kaufmannschaft.“

Handeltreibende jeder Art hingegen, welche den Besitz und Gebrauch der erwähnten kaufmännischen Rechte nicht zu bedürfen vermeinen, sind nicht verpflichtet, der Korporation beizutreten, sondern erlangen die Befugniß zum Betriebe ihres Handels schon durch die Lösung des Gewerbescheins, indem durch die gegenwärtige Anordnung in der bestehenden Gewerbefreiheit nichts abgeändert werden soll.

Uebrigens wird durch die Vereinigung der bisher für sich bestandenen kaufmännischen Gilden und Innungen weder in den Rechten und Verbindlichkeiten derselben zu dritten Personen, noch in dem Rechtsverhältnisse der letzteren

ren zu jenen ehemaligen Gilden und Innungen, insofern nämlich frühere Handlungen dabei zu Grunde liegen, das Geringste verändert.

§. 3. Der Besitz der gesetzlichen kaufmännischen Rechte kann fortan nur durch die Aufnahme in die Korporation erlangt werden, und ist von derselben dergestalt unzertrennlich, daß jeder der letztern beitreten muß, welcher in dem Falle des §. 2. sich befindet. Die gesetzlich feststehende Verpflichtung der Handeltreibenden, einen Gewerbeschein zu lösen, wird hierdurch nicht verändert, sondern bleibt in ihrer Allgemeinheit stehen.

Die solchergestalt mit einem Gewerbeschein versehenen Handeltreibenden erlangen nach der Publikation dieser Verordnung nicht durch den Gewerbeschein, sondern durch die Aufnahme in die Korporation, die im §. 2. angeführten kaufmännischen Rechte.

§. 4. Allen Personen beiderlei Geschlechts, welche Handelsgeschäfte, von welcher Art sie auch seyn mögen, wirklich betreiben oder betreiben wollen, und entweder schon bestehende Handlungen übernehmen oder fortführen, oder ganz neu etabliren, steht die Aufnahme in die Korporation der Kaufmannschaft offen, und sie können dieselbe verlangen, insofern sie

- a) großjährig und völlig verfassungsfähig sind;
- b) das Bürgerrecht von Berlin oder Charlottenburg erlangt haben, und
- c) den Ruf der vollkommensten Unbescholtenheit besitzen.

§. 5. Die Mitgliedschaft ist rein persönlich. Es müssen daher auch Wittwen von Mitgliedern der Korporation, welche die Handelsgeschäfte ihrer verstorbenen Ehemänner fortsetzen wollen, so wie alle andere Personen, denen bereits bestehende Handlungen durch Erbschaft oder aus irgend einem anderen Fundament zufallen, und Selbstdisponenten, welche den Handlungshäusern verstorbenen Mitglieder, die für Rechnung minderjähriger oder anderer Erben verwaltet werden, vorstehen, Mitglieder der Korporation werden, und die geordneten Eintrittsgelder entrichten, insofern von ihnen kaufmännische Rechte ausgeübt werden sollen.

Wo nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Aeltesten, deren in diesem Statute gedacht werden wird, die Entrichtung der Eintrittsgelder einzelnen Wittwen zu schwer fallen möchte, sollen die Aeltesten zu ihrer Erlassung befugt seyn.

§. 6. Der Austritt aus der Korporation darf in der Regel nur am Ende eines jeden Jahres, für welches die Mitgliedschaft erlangt oder fortgesetzt ist, erfolgen. Ausnahmen hiervon finden nur dann Statt, wenn einzelne Individuen sich ganz von dem Betriebe aller Handelsgeschäfte lossagen wollen. In diesem Falle ist der Austritt auch im Laufe eines Jahres zulässig; in Bezug auf die Verbindlichkeit, die Korporationslasten für dasselbe mitzutragen, oder zur Tilgung der etwaigen Schulden durch die Zahlung verhältnißmäßiger

ger Beiträge mitzuwirken, bleibt es jedoch bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

§. 7. Die Gesuche um die Aufnahme in die Korporation müssen schriftlich an die Aeltesten derselben gerichtet werden.

II. Abschnitt.

Von den gemeinsamen Angelegenheiten der Korporation der Kaufmannschaft.

§. 8. Die gemeinsamen Angelegenheiten der Korporation der Kaufmannschaft betreffen das Interesse des hiesigen Handels in allen seinen Zweigen, die öffentlichen Anstalten und Einrichtungen, welche zum Betriebe desselben dienen, insoweit ihr das Eigenthum oder die Verwaltung derselben zukommt, oder von Staatswegen beigelegt wird, das besondere Vermögen und die Rechte, welche ihr als Korporation aus Grundstücken, Kapitalien, Mobilien und Stiftungen zukommen, und die Verhältnisse der Mitglieder zu der Korporation als einem Ganzen.

§. 9. Namentlich gehört hierher das hiesige Börsenhaus, welches die Korporation mit allen darauf haftenden Lasten übernimmt.

§. 10. Die Korporation wählt und präsentirt zur Bestätigung diejenigen öffentlich zum Besten des Berliner Handels angestellten Personen, deren Wahl nach §. 112. und 115. des Gewerbe-Polizei-Edikts vom 7ten September 1811. den Kaufmannschaften beigelegt worden ist, oder noch eingeräumt werden möchte. Die bei den Ministerien des Handels, des Schazes und der Finanzen, so wie bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden angestellten oder künftig anzustellenden Agenten haben als solche, und ohne daß es in Ansehung ihrer der Wahl von Seiten der Korporation und deren Bestätigung durch die kompetente Behörde bedarf, das Recht, Wechsel- und Fondsgeschäfte auch für Privatpersonen, gleich den übrigen vereideten Mäklern, und mit derselben rechtlichen Wirkung an der hiesigen Börse zu vermitteln, wobei sich von selbst versteht, daß sie in dieser Beziehung gleich den übrigen Mäklern der Disciplin der Aeltesten unterworfen sind.

III. Abschnitt.

Von der Verwaltung der Angelegenheiten der Kaufmannschaft.

§. 11. Die Kaufmannschaft kann die Verwaltung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten, welche derselben nach diesem Statute oder als einer Korporation nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zukommen, nicht unmittelbar selbst besorgen. Diese und die freie Verfügung über die Gegenstände des gemeinsamen Vermögens der Korporation wird daher einer aus ihrer Mitte zu erwählenden Behörde, die den Namen: „Aelteste der Kaufmannschaft von Ber-

Berlin“ führen soll, mit derselben Gewalt übertragen, welche der Kaufmannschaft als Korporation selbst zusteht.

§. 12. Diese Behörde beschließt nach der Stimmenmehrheit über alle diese gemeinsamen Angelegenheiten der Kaufmannschaft allein, ohne Rücksprache mit derselben und ohne deren Genehmigung, vollgültig und verbindend für alle Mitglieder.

§. 13. Sie ist zur Vollziehung aller der Angelegenheiten und Geschäfte der Kaufmannschaft, zu welchen nach dem Allg. Landrecht Th. I. Tit. 13. §. 99. bis 109. eine Spezial-Vollmacht erfordert wird, Kraft dieses Statuts und zufolge ihrer Anstellung befugt.

§. 14. Sie kann auch Beiträge von den Korporationsgliedern zu nothwendigen und nützlichen Zwecken der Kaufmannschaft, als solcher, unter Beachtung der im §. 51. ihr vorgeschriebenen Vertheilungs-Grundsätze, erheben, jedoch bleibt demjenigen, der sich prägravirt glaubt, der Refus vorbehalten.

§. 15. Die Aeltesten sind schuldig, der Kaufmannschaft von ihrer Verwaltung jährlich Rechenschaft abzulegen.

§. 16. Außerdem sind sie für ihre Beschlüsse nur der Obrigkeit und ihrem Gewissen verantwortlich.

IV. A b s c h n i t t.

Von der Bestellung der Aeltesten der Kaufmannschaft.

§. 17. Die Verwaltungsbehörde der Korporation besteht aus 21 männlichen Mitgliedern, welche aus der Korporation auf drei Jahre gewählt werden. Jährlich scheidet ein Drittel derselben aus, welches so weit durch das Loos bestimmt wird, als die dreijährige Dauer des Auftrages noch nicht verfloßen ist. Die Austretenden sind wieder wählbar. Die Ausscheidenden und die, welche durch den Tod oder andere Ereignisse abgehen, werden jährlich durch eine neue Wahl ersetzt, welche am Jahrestage der ersten Wahlversammlung statt finden soll.

§. 18. Die Wahl wird durch sämtliche männliche Mitglieder der Korporation im Börsen-Lokale vollzogen.

Die Berufung zur ersten Wahl geschieht durch die jetzigen Gilde-Aeltesten, mit Zuziehung der Börsenvorsteher, zu den folgenden durch die Aeltesten der Korporation. Abwesende können ihre Stimmen weder einsenden, noch die Ausübung des Stimmrechts auf andere übertragen, sondern sie sind dem Beschlusse der Mehrheit unterworfen.

§. 19. Wahlfähig ist jedes männliche aktive Mitglied der Korporation, ohne Beschränkung auf einen besonderen Handelszweig, Religion oder vor- maliges Gilderecht.

§. 20. Weibliche Mitglieder sind für ihre Personen weder stimm- noch wahlfähig. Sie können an der Ausübung der Ehrenrechte der Korporation, die im Stimmrecht und in der Wahlfähigkeit, in der Theilnahme an der Verwaltung und an den Berathungen bestehen, nur durch Disponenten Theil nehmen, welche Mitglieder derselben sind.

§. 21. Die Aeltesten der Korporation wählen aus ihrer Mitte für jedes Jahr einen Vorsteher und zwei Stellvertreter desselben.

V. A b s c h n i t t.

Von dem Verfahren der Aeltesten der Kaufmannschaft bei ihrer Verwaltung.

§. 22. Die Aeltesten beschließen gültig, wenn wenigstens 15 ihrer Mitglieder gesetzlich versammelt sind.

§. 23. Gesetzlich versammelt sind dieselben

A. Ordentlich:

a) am ersten Mittwoch nach der jährlichen Wahl, vor Eröffnung der Börse, wo sie für das laufende Jahr den Vorsteher und die Stellvertreter wählen und sich über regelmäßige Sitzungen an bestimmten Tagen einigen;

b) an den zu diesen regelmäßigen Sitzungen bestimmten Zeiten.

B. Außerordentlich:

a) durch ein Cirkular des Vorstehers;

b) auf eine sämmtlichen anwesenden Mitgliedern insinuirte schriftliche Anweisung der ihnen vorgeordneten Staats-Verwaltungs-Behörde.

§. 24. Der Vorsteher eröffnet die Versammlung. Er hat darin den Vorsitz und Vortrag; den letzteren kann er auch unter die übrigen Mitglieder vertheilen.

§. 25. Bei den Berathschlagungen bestimmt er unter mehreren, die das Wort fordern, die Reihesfolge, erklärt solche zum Stimmensammeln für geschlossen und spricht den Beschluß aus.

§. 26. Bei Gleichheit der Stimmen gilt die Meinung, für welche er gestimmt hat. Außerdem hat er gleich jedem anderen Mitgliede nur eine Stimme und muß sich dem Beschlusse der Mehrheit unterwerfen.

§. 27. Er ist der Obrigkeit dafür verantwortlich, daß keine den Landesgesetzen und diesem Statute entgegenstehende Beschlüsse (wohin jedoch, wie sich von selbst versteht, bescheidene Vorstellungen gegen bestehende auf den Handel Bezug und Einfluß habende Verordnungen und Einrichtungen nicht zu rechnen sind) in den Versammlungen der Aeltesten gefaßt werden. Beschließt die Versammlung irgend etwas gesetz- oder statutwidriges, so muß er solches unverzüglich dem hiesigen Magistrat anzeigen, und die Ausführung des Beschlusses durch alle ihm zu Gebot stehende Mittel verhindern.

§. 28.

§. 28. Die Verhandlungen, welche bei den Versammlungen vorkommen, und die Beschlüsse werden protokolliert.

§. 29. Die Vorsteher und die Stellvertreter sind mit der Vollziehung der Beschlüsse beauftragt.

§. 30. Sie unterzeichnen die Protokolle der Sitzungen, sämtliche Urkunden und alle übrige Ausfertigungen.

§. 31. Der Vorsteher empfängt, erbricht und vertheilt die eingehenden, und sorgt für den Abgang der ausgefertigten Sachen.

§. 32. Den Ältesten der Korporation wird Behufs der Beglaubigung der Ausfertigungen und zu den sonst in Betracht kommenden Zwecken ein Siegel bewilligt, über welches sie sich zu einigen und das sie hiernächst bei dem Minister des Handels in Antrag zu bringen haben.

§. 33. Bei einer Abwesenheit des Vorstehers wird derselbe von dem ersten und wenn dieser gleichfalls verhindert wird, in der Versammlung zu erscheinen, von dem zweiten Stellvertreter, die letzteren aber werden erforderlichenfalls von denjenigen übrigen Mitgliedern vertreten, welche den Jahren nach die ältesten sind.

§. 34. Die Ältesten führen die Rolle der zu der Korporation der Kaufmannschaft gehörigen Mitglieder. Eintragungen und Löschungen können nicht anders als auf ihren Beschluß in ihren Sitzungen, durch den Vorsteher oder den, der ihn vertritt, vollzogen werden. Die Eingetragenen und Gelöschten erhalten darüber von den Ältesten schriftliche Bescheinigungen unter deren Siegel.

§. 35. Damit die Namen der jedesmaligen Mitglieder der Korporation gehörig bekannt werden, müssen die Ältesten

- a) eine Nachweisung von denselben fortwährend an der Börse aushängen und sie nach den Ab- und Zuschreibungen stets berichtigen und vervollständigen;
- b) mit dem Anfange eines jeden Jahres eine gedruckte Liste unter die hiesigen Kaufleute vertheilen, und
- c) eine solche dem Magistrate, dem Stadtgericht, dem Kammergericht, der hiesigen Regierung und dem Handels-Ministerium einsenden.

Welche den allgemeinen Gesetzen angemessene Mittel sie sonst noch zur Erreichung des Zwecks anwenden wollen, bleibt ihnen überlassen.

§. 36. Die Ältesten wählen jährlich eine Kommission von sieben Mitgliedern aus ihrer Mitte, welche wöchentlich eine Sitzung hält. Die Geschäfte dieser Kommission sind:

- a) diejenigen Streitigkeiten in Handels-Angelegenheiten, die von den Partheien freiwillig an sie gebracht werden, durch einen Vergleich gütlich beizulegen. Hierbei findet alles dasjenige Anwendung, was die allgemeine Gerichtsordnung Th. II. §. 167 — 176. von Schiedsrichtern vorschreibt;

b) die=

- b) diejenigen Gutachten abzufassen und den Aeltesten zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen, welche öffentliche Behörden von der Kaufmannschaft verlangen dürften;
- c) die Materialien zu Anträgen an die Behörden über wichtige Handels-Gegenstände vorzubereiten, und die hierüber gefertigten Vorstellungen den Aeltesten zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen;
- d) die Prüfung der nach §. 10. dieses Statuts zu dem Betriebe des Handels anzustellenden Beamten im Auftrage der Aeltesten zu besorgen.

§. 37. Auch können die Aeltesten für einzelne Verwaltungszweige besondere Kuratoren aus ihrer Mitte anordnen, die ihnen aber von den, die übernommene Verwaltung betreffenden, Verhandlungen Bericht abzustatten haben, und ihre Verfügungen annehmen müssen.

§. 38. Die Aeltesten beziehen als solche keine Besoldung oder ein anderes Einkommen. Sie können bloß die Erstattung baarer Auslagen, welche etwa bei einzelnen Verrichtungen im Dienste von ihnen gemacht werden müssen, fordern.

§. 39. Sie wählen die für ihre Geschäfte erforderlichen Subalternen, kontrahiren mit denselben über deren Dienstverrichtungen und die Dauer des Dienstes, so wie über deren Gehalt; auch verpflichten sie dieselben.

§. 40. Der Vorsteher der Aeltesten kann einzelnen Korporations-Mitgliedern die Ausrichtung einzelner Geschäfte auftragen, welchen der Beauftragte sich willig unterziehen muß.

§. 41. Wenn aber durch Vollmachten Geschäfte aufgetragen werden, welche gerichtlich zu verhandeln sind, oder wodurch der Kaufmannschaft Rechte und Verbindlichkeiten erwachsen; so können solche gültig nur von der Versammlung der Aeltesten in der im §. 28. dieses Abschnitts vorgeschriebenen Form ertheilt werden.

VI. A b s c h n i t t.

Von der Handhabung der polizeilichen Ordnung in den Versammlungen auf der Börse.

§. 42. Der Vorsteher hält in den Versammlungen der Korporation und der Aeltesten auf Ruhe, Ordnung und Anstand.

§. 43. Die Ruhestörer müssen auf sein Geheiß sogleich die Versammlung verlassen, welche sie gestört haben. Außerdem können die Aeltesten dieselben auf seinen Antrag mit einer Ordnungsstrafe, die zur Armenkasse fließen soll, belegen. Denjenigen, welche die Strafe erleiden sollen, bleibt jedoch der Rekurs offen.

§. 44.

§. 44. Die Aeltesten können die Ausschließung derjenigen Mitglieder aus ihrer Mitte beschließen, welche sich durch fortgesetzte Ruhestörungen oder durch ein öffentlich anstößiges Betragen ihrer Stelle unwürdig zeigen. Dem Ausgeschlossenen bleibt jedoch der im vorigen §. nachgegebene Refkurs unbenommen.

§. 45. Die Aeltesten wählen jährlich 4 Börsen-Kommissarien aus ihrer Mitte, welchen die Erhaltung der äußeren Ordnung bei den Börsen-Versammlungen und die Aufsicht darüber übertragen wird, daß die in dem jedesmaligen Börsenreglement befindlichen Vorschriften genau gehalten werden. Im übrigen bestimmen die Aeltesten die Rechte und Verpflichtungen dieser 4 Börsen-Kommissarien, und lassen sich von ihnen Bericht über die Fälle der Börsen-Disciplin erstatten, welche sie ihrer Entscheidung vorbehalten werden.

§. 46. Öffentliche Bekanntmachungen an die Korporation, welche deren Angelegenheiten oder Belehrungen, Notizen und dgl. enthalten, werden durchaus an der Börse besorgt. Eine Nachricht ist als vollständig bekannt gemacht anzusehen, wenn sie während der Dauer der Börsenzeit an den dazu bestimmten Ort affigirt wird, und acht Tage lang dort ausgehängt bleibt.

§. 47. Nur die Aeltesten sind berechtigt, Bekanntmachungen in der Form des vorstehenden §. zu erlassen. Sie dürfen sich jedoch niemals weigern, solchergestalt sogleich bekannt zu machen, was ihnen von der ihnen zunächst vorgesetzten Behörde oder von den dieser vorgeordneten Instanzen, zur Bekanntmachung zugefertigt wird.

§. 48. Privatpersonen, sie mögen Mitglieder der Korporation seyn oder nicht, müssen die Anschläge, welche sie an der Börse anheften zu lassen wünschen, einem der Börsen-Kommissarien zustellen, welcher die Anheftung veranlassen wird, wenn er kein Bedenken dagegen findet. Bezweifelt er aber die Schicklichkeit oder selbst die Rechtllichkeit der beabsichtigten Bekanntmachung, so giebt er den Anschlag im ersten Falle an den Verfasser zurück, im anderen Falle legt er ihn den Aeltesten vor.

VII. A b s c h n i t t.

Von den Beiträgen der Korporations-Mitglieder und von der Verwaltung der Gemeinkasse.

§. 49. Jeder in die Korporation Aufzunehmende zahlt für die Aufnahme und Eintragung in die Rolle 30 Rthl. zur Gemeinkasse, außerdem 2 Rthl. Ausfertigungs-Gebühren für den Eintragungsschein, so wie die Botengebühren, mit 1 Rthl. Von denjenigen Individuen, welche am Tage der Publikation dieses Statuts Mitglieder der Börsen-Korporation sind, insofern sie nicht zugleich Mitglieder einer der beiden Gilden gewesen, darf nur soviel von den vorbestimm-

ten Gebühren für die Eintragung gefordert werden, als die Mitglieder der beiden Gilden früher für ihre Aufnahme in selbige haben entrichten müssen.

§. 50. Sind die Bestände der Gemeinkasse zur Bestreitung der Besoldungen, der Unterhaltung des Börsenhauses und der sonstigen Gemeinausgaben nicht hinreichend, so werden die für das Bedürfniß nöthigen Beiträge von den Mitgliedern der Korporation erfordert.

§. 51. Sämmtliche Mitglieder werden zu diesem Zwecke jährlich durch die Aeltesten nach bestem Wissen in fünf Klassen getheilt, deren jede nach dem Verhältnisse beiträgt, daß eine Person in der nächsten höhern Klasse das I und $\frac{1}{2}$ fache dessen giebt, was auf die Person in der nächsten niedrigern Klasse trifft. Zahlt also, um ein Beispiel anzuführen,

das Individuum in der ersten Klasse	=	6 Rthlr.	=	18 Gr.
so zahlt es in der zweiten	=	4	=	12
in der dritten	=	3	=	9
in der vierten	=	2	=	6
in der fünften	=	1	=	3

§. 52. Werden bei den Aeltesten Beschwerden wegen Ueberschätzung angebracht, so zeigen sie am nächsten Wahltrage die Namen der Beschwerdeführenden der zur Wahl versammelten Korporation an, und diese wählt alsdann aus denjenigen ihrer Glieder, welche seit den letzten drei Jahren nicht Mitglieder der Versammlung der Aeltesten gewesen sind, eine Kommission von fünf Personen, aus jeder der obigen fünf Klassen eine, die binnen den nächsten vier Wochen über die Beschwerde entscheidet, und die Klassen bestimmt, in welche jeder der Beschwerdeführenden zu setzen ist. Auch hier findet ein Rekurs statt.

§. 53. Bis die Entscheidung erfolgt, müssen die Beschwerdeführenden den auf sie von den Aeltesten vertheilten Beitrag zahlen.

§. 54. Die Aeltesten fertigen den jährlichen Anschlag von den gewöhnlichen Ausgaben an. Die außergewöhnlichen Zahlungen dürfen nur auf den Beschluß derselben von der Kasse gemacht werden.

§. 55. Jährlich legen die Aeltesten der zur Wahl versammelten Korporation die Rechnung über die Verwaltung der Gemeinkasse ab, und vertheilen unter den Anwesenden gedruckte Auszüge davon.

§. 56. Die Korporation läßt diese Rechnung durch eine aus ihrer Mitte vor der Eröffnung der Wahlversammlung zu ernennende Kommission von drei Gliedern, die aber nicht zu den Aeltesten gehören dürfen, abnehmen und die Decharge darüber erteilen.

VIII. Abschnitt.

Von der Verpflichtung zur Annahme der Wahlen und Aufträge.

§. 57. Wer die ihm nach diesem Statute durch die Wahl oder besondern Auftrag übertragenen Aemter und Geschäfte nicht annehmen will, muß rechtliche Entschuldigungsgründe dafür anführen.

§. 58. Zunächst entschuldigt von dieser Annahme das, was nach dem Allg. Landrecht Th. 2. Tit. 18. §. 208. und 209. von der Uebernahme der Vormundschaften entbindet.

§. 59. Auch Stadtverordnete und Bezirksvorsteher können zur Uebernahme solcher Geschäfte wider ihren Willen nicht verpflichtet werden.

§. 60. Die aus der Versammlung der Aeltesten scheidenden Mitglieder können zur Annahme einer abermaligen Wahl in selbigen erst nach Verlauf von vollen drei Jahren nach ihrem Austritte verpflichtet werden.

§. 61. Die Schätzungs-Kommissarien (§. 52.) sind zwar in folgenden Jahren wieder wählbar; es kann aber Niemand genöthigt werden, die Wahl öfter als einmal in drei nach einander folgenden Jahren anzunehmen.

§. 62. Besondere Aufträge können die Aeltesten oder deren Vorsteher einem Korporationsgliede nur einmal in einem Jahre geben.

§. 63. Wer außer obigen Entschuldigungsgründen die Annahme der nach diesem Statut auf ihn gefallenen Wahlen oder ihm gemachten Aufträge verweigert, erhält eine Woche Bedenkzeit und kann, wenn er am Ende derselben noch auf seiner Weigerung beharrt, von den Aeltesten bestraft werden.

Für den ersten Weigerungsfall dürfen dieselben eine Erhöhung der Geldbeiträge eintreten lassen; im zweiten Falle können sie das sich weigernde Mitglied außerdem noch von dem Genuße der Ehrenrechte, die im §. 20. bereits bezeichnet sind, ausschließen, und im dritten Falle sind sie berechtigt, dasselbe gänzlich aus der Korporation zu excludiren.

§. 64. Sollte Jemand so wenig Gemeinsinn verrathen, daß er die mit seinem Amte verbundenen Verpflichtungen nicht wahrnimmt, und sich geflissentlich denselben entzieht, und sollten die Aufforderungen der Aeltesten oder des Vorstehers insbesondere hierunter vergeblich seyn; so tritt für die letzteren ebenfalls die Befugniß zur Ausübung des Strafrechts ein. Wegen der Strafen gilt das im vorigen §. für den ersten und zweiten Fall

Geordnete hier ebenfalls; doch sind die Aeltesten noch außerdem berechtigt, das nachlässige Mitglied schon bei dem ersten Straffalle seines Amtes zu entsetzen.

§. 65. In Beziehung auf beide vorhergehende § §. bleibt jedoch dem, der die Strafe erleiden soll, der Rekurs vorbehalten; auch steht es den Aeltesten frei, zu jeder Zeit die ergangenen Strafbestimmungen zu mildern oder gänzlich wieder aufzuheben.

IX. Abschnitt.

Von der Suspension und dem Verluste der Mitgliedschaft.

§. 66. Die Rechte der Mitgliedschaft der Korporation sind unterbrochen, wenn das Mitglied unter Kuratel gestellt wird, sich für zahlungsunfähig erklärt, oder in eine kriminelle Untersuchung fällt.

§. 67. Die Wirkung dieser Suspension haftet nur auf der Person des Suspendirten und nicht auf dem Gewerbe. Der Suspendirte kann persönlich keine Geschäfte vollziehen, welche die Rechte der Mitgliedschaft voraussetzen, er kann überhaupt diese Rechte nicht ausüben, darf den Versammlungen der Korporation nicht beiwohnen und ist weder stimm- noch wahlfähig. Die Handlungsgeschäfte können indessen durch einen persönlich fähigen Disponenten während der Dauer der Suspension fortgesetzt betrieben werden.

§. 68. Die Suspension wird aufgehoben

- a) durch die Aufhebung der Kuratel,
- b) durch vollständige Abfindung mit den Gläubigern, sey es durch Zahlung oder Erlaß oder Befristung,
- c) durch vollständige Freisprechung von der Criminal-Beschuldigung.

§. 69. Eine Lossprechung auf weiteren Beweis bewirkt dagegen die Aufhebung der Suspension an sich nicht, vielmehr entscheiden die Aeltesten, ob die Suspension aufhören könne, ohne den Ruf der Korporation zu gefährden, oder, ob sie bloß fortgesetzt werden müsse, oder, ob der haftende Verdacht so dringend oder so erniedrigender Art sey, daß die gänzliche Ausschließung erfolgen müsse. Die Aeltesten sind in dieser Hinsicht berechtigt, die Gerichte um die Mittheilung des erfolgten Erkenntnisses zu ersuchen.

§. 70. Die Rechte der Mitgliedschaft und die kaufmännischen Rechte gehen verloren

- a) durch

- a) durch den Tod,
- b) durch freiwillige Entsagung, welche jedoch den Aeltesten in glaubhafter Form angezeigt werden muß,
- c) durch einen Beschluß der Letzteren.

§. 71. Die Aeltesten sind verpflichtet, die Ausschließung eines Mitgliedes aus der Korporation durch einen Beschluß auszusprechen, wenn dasselbe

- a) für einen muthwilligen oder gar betrügerischen Bankerutthirer durch rechtskräftiges Urtheil erklärt,
- b) wenn dasselbe eines Meineides, Verfälschung öffentlicher Papiere, Privat-Urkunden oder Unterschriften, der absichtlichen Verbreitung falscher Münzen, oder sonst eines qualifizirten Betruges überwiesen ist;
- c) wenn auch wegen anderer Verbrechen auf Zuchthaus- oder Festungsstrafe oder gar körperliche Züchtigung gegen dasselbe rechtskräftig erkannt ist;
- d) wenn dasselbe das Stadtbürgerrecht verliert, dies mag nun durch Entsagung, Entfernung, durch rechtskräftiges Erkenntniß, oder durch einen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung erfolgen;
- e) wenn durch ein richterliches rechtskräftiges Erkenntniß der Verlust der kaufmännischen Rechte festgesetzt wird;
- f) wenn ein Mitglied wegen bösslicher Defraudation landesherrlicher Gefälle zum zweitenmale durch ein förmliches Erkenntniß verurtheilt worden ist;
- g) wenn ein Mitglied der Uebertretung gegen die Buchergesetze überführt und deshalb bestraft worden ist.

§. 72. Dagegen bleibt es den Aeltesten überlassen, den von ihnen wohl zu erwägenden Umständen nach, entweder die Ausschließung oder die Suspension oder auch die unbeschränkte Beibehaltung in der Korporation zu beschließen:

- a) in den im §. 69. angeführten Fällen;
- b) wenn bei einer Criminal-Untersuchung in Fällen, die nicht zu dem §. 71. a. und b. dieses Abschnitts gehören, bloß auf Geld- oder Gefängnißstrafe erkannt worden ist;
- c) wenn die nach §. 71. dieses Abschnitts rechtskräftig erkannte Strafe im Wege der Gnade erlassen, oder in Geld- oder in bloße Gefängnißstrafe verwandelt worden ist.

Die Ansicht, welche die Aeltesten hierbei leiten muß, ist zunächst die Erhaltung der Ehre und des unbescholtenen Rufes der Korporation im Publico und auf auswärtigen Handelsplätzen.

d) Eben

d) Eben so bleibt es den Aeltesten überlassen, zur Ehre der Korporation und zum Vortheil des Handelsstandes, der durch Defraudanten ebenfalls gefährdet wird, sonst bekannte Personen, die zu dieser Klasse gehören, schon auf das erste rechtskräftige Erkenntniß zu excludiren.

§. 73. Wenn im Publikum Gerüchte über ein Mitglied der Korporation umlaufen, wodurch dasselbe solcher Handlungen beschuldigt wird, die, wenn sie erweislich wären, die Ausschließung zur Folge haben würden; so sind die Aeltesten berechtigt, ein solches Mitglied vor sich zu laden, ihm mit Schonung diese Gerüchte zu eröffnen, eine Warnung zu erlassen und ihm anheimzugeben, seinen Ruf zu vertheidigen. Geschieht dies nicht, erhalten die Gerüchte sich, und bleibt auch eine zweite Warnung ohne Erfolg; so wird es dem Ermessen der Aeltesten überlassen, nach Maassgabe des Grundes der Gerüchte, den Verlust der Mitgliedschaft festzusetzen, wogegen indessen ebenfalls der Refurs freisteht.

X. Abschnitt.

Von den Lehrlingen und Gehülfen.

§. 74. Die Verträge, welche Mitglieder der Korporation über die Annahme der Lehrlinge und Gehülfen schriftlich abzuschließen haben, sind zwar an und für sich selbst eine bloße Privat-Angelegenheit; sie sollen jedoch einer Verlautbarung vor den Aeltesten bedürfen, so wie diese auch die Zeugnisse nach beendigter Lehr- oder Dienstzeit, falls sie kein Bedenken dabei finden, bestätigen, und bei diesem wichtigen Theile ihres Berufs überhaupt dahin wirken sollen, daß Rechtlichkeit, Ordnungsliebe und Sachkenntniß als die wahren Grundlagen kaufmännischer Bildung anerkannt und behauptet werden. Die Art und Weise, wie die Aeltesten diesen Endzweck zu erfüllen gedenken, und das Verfahren, so sie dabei in Ausübung gebracht zu sehen wünschen, bleibt ihrer reiflichen Prüfung überlassen; sie sind jedoch verpflichtet, auf Erfordern der Obrigkeit darüber zu jeder Zeit sich gründlich auszuweisen.

§. 75. Jedes Mitglied der Korporation ist verpflichtet, einen Lehrling oder Gehülfen auf die Aufforderung der Aeltesten sofort zu entlassen, wenn dieses wegen solcher Vergehungen gefordert wird, welche bei Mitgliedern der Korporation Ausschließung begründen würden. Der Refurs bleibt jedoch nachgelassen.

XI. Abschnitt.

Von der Ausübung der Befugniß des Rekurses und der Aufsicht über die Korporation.

§. 76. In den Fällen, wo einem Mitgliede der kaufmännischen Korporation, das eine Strafe erleiden soll, das Recht des Rekurses eingeräumt ist, muß dasselbe binnen 10 Tagen nach dem Empfange des Bescheides, seine Beschwerde bei der höhern Instanz anbringen, wenn es von der Befugniß, Remedir nachzusuchen, Gebrauch machen will. Geschieht dieses ordnungsmäßig, so muß vor der Anwendung der Strafmaasregel die Entscheidung der vorgeordneten Instanzen abgewartet werden, im entgegengesetzten Falle aber ist mit der Exekution vorzugehen.

§. 77. Der hiesige Magistrat soll die der Korporation zunächst vorgesetzte Behörde seyn, und als solche unter der hiesigen Regierung und dem Ministerium für Handel und Gewerbe stehen.

Urkundlich haben Wir dieses Statut, welchem Wir hierdurch Gesetzeskraft verleihen und über welches Wir fest und unverbrüchlich gehalten wissen wollen, durch Unsere eigenhändige Unterschrift und unter Beifügung Unseres großen Königlichen Insigels vollzogen.

Gegeben Berlin, den 2ten März 1820.

(L.S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. Graf v. Bülow

(No. 595.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 5ten März 1820. wegen der Bewaffnung der auf einjährige Dienstzeit eintretenden Freiwilligen.

Ich bestimme hierdurch: daß die auf einjährige Dienstzeit eintretenden Freiwilligen hinführo nicht mehr gehalten seyn sollen, sich Waffen und Lederzeugstücke aus eignen Mitteln zu beschaffen, sondern daß ihnen dieselben aus den Vorräthen, mit der Bedingung gegeben werden, sie nach vollendeter Dienstzeit in einem völlig brauchbaren Zustande zurückzuliefern. Dagegen fallen diese Freiwilligen bei der Geld- und Brodverpflegung aus und erhalten fernherhin

nerhin auf öffentliche Kosten nur freies Quartier. Um indessen armen Studierenden, oder anderweitigen zum einjährigen Dienst berechtigten jungen Männern, die Ablösung ihrer Dienstpflicht zu erleichtern, will Ich gestatten, daß in einzelnen außerordentlichen Fällen die Hülfbedürftigsten in die Verpflegung aufgenommen werden, wenn sie ihre Bedürftigkeit dem Regiments-Kommandeur durch glaubwürdige Atteste nachweisen und sie von dem Brigade-Divisions-Kommandeur und kommandirenden General genehmigt worden. Diese sollen denn nicht allein vollständig verpflegt, sondern auch auf Meine Kosten mit Waffen versehen werden, wogegen sie sich die Bekleidung wie bisher zu beschaffen haben. Solche Freiwillige gehören zur etatsmäßigen Stärke der Truppentheile, alle übrigen werden als überzählig geführt. Bei der Kavallerie findet die obige Bestimmung aber keine Anwendung, vielmehr sollen die bei dieser Waffe eintretenden Freiwilligen jederzeit aus der Verpflegung wegfallen und überzählig seyn.

In Beziehung auf die Berechtigung zum Eintritt bleibt es genau bei den bisherigen Verfügungen.

Berlin, den 5ten März 1820.

Friedrich Wilhelm.

In

das Krieges-Ministerium.